



## Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 8. November 2018

Antrags-Nr. 18-F-05-0041

### **Verkehrsanbindung nach Frankfurt ausbauen, Lebensqualität verbessern, Pendler entlasten - Antrag der FDP-Fraktion vom 28.08.2018 -**

Wie aus einer Auswertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) von 2017 hervorgeht, wohnen immer mehr Beschäftigte in einer anderen Gemeinde/Stadt als sie arbeiten. Seit dem Jahr 2000 ist die Quote von 53 auf 60 Prozent gestiegen und Pendeln damit zur Lebenswirklichkeit von mehr als der Hälfte aller Berufstätigen in Deutschland geworden. Während Umlandkommunen großer Städte durchaus von dieser gesteigerten Mobilität profitieren bringt das Pendelverhalten aber auch einen größeren Flächenverbrauch und eine steigende Verkehrsbelastung mit sich. Deshalb ist es wichtig, dass die Infrastruktur mit dem Wachstum Schritt hält. Studien belegen, dass tägliches Pendeln zwischen Wohnort und Arbeitsplatz für viele Berufspendler einen zusätzlichen Stressfaktor darstellt, was oft nicht ohne Folgen für die Gesundheit bleibt (TK-Gesundheitsreport 2012).

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist ebenfalls nicht nur ein attraktiver Wohn- sondern auch Arbeitsort. Mit einem positiven Pendlersaldo von 27.359 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (Quelle Pendleratlas, Stand Juni 2017) pendeln mehr Menschen nach Wiesbaden ein als aus. Doch auch 48.408 Menschen verlassen die Landeshauptstadt, um an anderer Stelle ihrer Berufstätigkeit nachzugehen. Mit großem Abstand ist dabei Frankfurt (12.132) vor Mainz (8.701) das Ziel. Um die Lebensqualität der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zu verbessern, die (täglich) ihren Weg zur Arbeit nach Frankfurt nehmen, muss die Verkehrsanbindung dahin konsequent ausgebaut werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,
  - a. mit welchem Pendleraufkommen für Wiesbaden (Ein- und Auspendler, insbesondere nach Frankfurt) in den nächsten fünf bis zehn Jahren zu rechnen ist,
  - b. ob er die derzeitige Infrastruktur (Schienenverbindung, Straßenausbau etc.) für geeignet hält, um dieses Pendleraufkommen adäquat abzuwickeln,
  - c. welche Maßnahmen er zur Verbesserung der Pendlersituation (insbesondere nach Frankfurt) ergreifen wird.
2. Der Magistrat wird gebeten,
  - a. aufgrund der Presseberichterstattung (Wiesbadener Kurier vom 14.08.2018, S. 11) schnellstmöglich mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, möglichst noch vor dem nächsten Fahrplanwechsel längere Züge auf der Strecke von Wiesbaden nach Frankfurt im Pendlerverkehr einzusetzen und/oder den Takt zu verdichten.
  - b. Der Magistrat wird gebeten, über die Ergebnisse dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr umgehend zu berichten.

- 
3. Der Magistrat wird gebeten, die innerstädtischen Park & Ride-Anlagen nicht nur hinsichtlich ihrer Anbindung an das Busnetz (vgl. Bericht Dez. V. vom 14.06.2018 zu 17-F-11-0001), sondern auch an das Schienennetz zu prüfen und grundsätzlich weiter auszubauen. Zudem wird dem Magistrat gebeten, weitere geeignete Standorte zu identifizieren und dafür zu sorgen, dass weitere Park & Ride-Anlagen ausgewiesen werden können.
  4. Der Magistrat wird gebeten, den aktuellen Sachstand darzulegen und zu berichten, welche Fortschritte zur Einrichtung eines Haltepunktes entlang der geplanten Wallauer Spange seit Anfang des Jahres (Gesprächskreis im Februar, lt. Bericht Dez. V. vom 02.02.2018 zu 17-F-05-0023) erzielt werden konnten.
  5. Der Magistrat wird gebeten,
    - a. zu berichten, wie der aktuelle Sachstand beim dreispurigen Ausbau der A66 zwischen Erbenheim und dem Schiersteiner Kreuz ist und
    - b. in kontinuierlichen Gesprächen mit dem Bund und dem Land den Ausbau schnellstmöglich voranzutreiben.

---

### Beschluss Nr. 0496

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 28.08.2018 betr.

Verkehrsanbindung nach Frankfurt ausbauen, Lebensqualität verbessern, Pendler entlasten

wird zur weiteren Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses für  
Planung, Bau und Verkehr  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2018

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .11.2018

Dezernat IV  
Dezernat V  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister